

Das Budget der Hauptstadt.

Gesamtdefizit der Kriegsjahre: 101 Millionen.

Budapest, 8. Juli.

Die hauptstädtische Finanzkommission verhandelte heute vormittag in außerordentlicher Sitzung unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Dr. Franz Déry das Budget der Hauptstadt für 1918 sowie den Antrag des Magistrats auf Erhöhung der Verkehrssteuer zum Zwecke einer teilweisen Deckung des Defizits. Bürgermeister Dr. Bödy teilte in längerer, mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Rede seine Pläne betreffend die Deckung des Kriegsjahres mit und erklärte, nach Kräften bestrebt zu sein, das finanzielle Gleichgewicht der Hauptstadt schon in nächsten Jahre herzustellen. Wir wünschen, daß ihm dies ohne zu starke Inanspruchnahme der Leistungsfähigkeit des Publikums voll gelingen möge.

Vor der Tagesordnung wurde zur Überprüfung der Schlußrechnungen eine Subkommission entsendet. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Vorlage über den Anlauf eines Teiles der Gregerischen Grundstücke von der Tagesordnung der Generalversammlung abgesetzt wurde.

Zur Tagesordnung ergriff als erster Bürgermeister Dr. Theodor Bödy das Wort. Zunächst führte er die bekannten Ursachen der Verzögerung in der Zusammenstellung des Budgets an. Die Leitung der Hauptstadt wird in Zukunft alles aufbieten, um zu verhindern, daß sich dies wiederhole. Sodann schilderte er die Lage der kommunalen Haushaltung. Im vorigen Jahre wurde ein Defizit von 37,790.000 Kronen ausgewiesen, während das Defizit der ersten drei Kriegsjahre sich auf insgesamt 23,700.000 Kronen belief. In dem Defizit des laufenden Jahres im Betrage von 61,041.000 Kronen ist das Defizit der ersten drei Kriegsjahre mitbegriffen, das reine Defizit des laufenden Jahres beläuft sich also auf mehr als 37 Millionen Kronen, von welchem Betrage aber das Defizit des Spitalfonds (drei Millionen) abzuziehen ist.

Das Defizit sämtlicher Kriegsjahre, das in den Schlußrechnungen für 1917 ausgewiesene Defizit mitbegriffen, beläuft sich auf mehr als 101 Millionen, für deren Deckung in entsprechender Weise gesorgt werden muß. Mehrere der Beschlüsse der Generalversammlung betreffend die Erhöhung verschiedener Gebühren werden, sobald sie ins Leben treten, die Einnahmen der Hauptstadt um nahezu 30 Millionen vermehren. Außerdem hat die Hauptstadt die Regierung ersucht, ihr die Kriegsausgaben im Betrage von mehr als 60 Millionen zu ersetzen, was die Regierung übrigens bereits versprochen hat. Die Leitung der Hauptstadt ist bestrebt, das finanzielle Gleichgewicht der Kommune schon im nächsten Jahre herzustellen. Zur Deckung des im nächsten Jahre zu gewärtigenden Defizits werden die Einnahmen infolge der Erhöhung der Wassergebühren und der Gebühren für die Kehrichtabfuhr, ferner der Ertrag der Bodenwertsteuer und die Einnahmen infolge Erhöhung der Verkehrssteuer dienen, welche letztere Steuer allein 28 Millionen abwerfen wird. Auf diese Weise wird es gelingen, das Gleichgewicht der Finanzen der Hauptstadt wiederherzustellen. Selbstverständlich muß auf der ganzen Linie die größte Sparamkeit beobachtet werden. Unerlässlich ist ferner eine Regelung des kommunalen Steuerwesens. Auch in anderen Großstädten wird das Defizit durch Erhöhung der Gebühren und durch neue Steuern gedeckt. In Wien beträgt das Defizit mehr als 61 Millionen, das in ähnlicher Weise gedeckt wird als das Defizit der Hauptstadt Budapest.

Neue Einnahmsquellen zur Deckung des Defizits können nicht mehr gefunden werden, auch an eine weitere Erhöhung des Kommunalsteuereinzugs ist nicht zu denken. Eventuell werden, um den Ertrag der kommunalen Betriebe zu vergrößern, die Preise ihrer Erzeugnisse erhöht werden müssen. Selbstverständlich dürfen nicht sämtliche Lasten der jetzigen Generation allein aufgelegt werden; auch die künftige Generation muß ihren Anteil an den Lasten der Kriegsjahre herausnehmen. (Zustimmung.)

Sodann begann die allgemeine Debatte, die Dr. Rudolf Savas eröffnete. Er bezeichnete die jetzige finanzielle Lage der Hauptstadt als geradezu katastrophal. Der größte Teil des enormen Defizits ist durch die ungeheuren Ausgaben für den Unterricht und die Erhaltung der Spitäler verursacht worden. Die Regierung muß der Hauptstadt diese Ausgaben ersetzen, da die Erhaltung der Schulen und der Spitäler eine staatliche Aufgabe bildet. Will man das finanzielle Gleichgewicht der Haushaltung wieder herstellen, so muß eine intensivere Wirtschaftspolitik inauguriert werden. Der frühere Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy hat dies richtig erkannt und seine Kommunalpolitik danach gerichtet; auch der jetzige Bürgermeister wird sich unergänzliche Verdienste schaffen, wenn er hier das wirtschaftliche Leben nach

Kräften fördert und durch Erschließung neuer und reichlicher Erwerbsquellen das Wohl der Bürgerschaft und damit auch das der Hauptstadt hebt. Sodann erwähnte Redner das Problem „Großbudapest“ und sprach sich gegen die Verwirklichung dieses Problems unter den heutigen finanziellen Verhältnissen der Hauptstadt aus. Nur wenn die Regierung die nötigen materiellen Mittel der Hauptstadt bietet, kann hieran gedacht werden. Zum Schlusse äußerte er die Hoff-

nung, daß die Hauptstadt bald gefunden, sich aus ihrer jetzigen Lage befreien werde; in dieser Hoffnung nimmt Redner das Budget an.

Dr. Bela Feleki beschäftigte sich eingehend mit dem Budget, sowie mit der Frage, wie sich die Hauptstadt aus ihrer heutigen unerfreulichen Lage befreien könnte. Die Deckung des ausgewiesenen Defizits genügt nicht, man muß auch an die Zukunft denken, in der die Hauptstadt gewaltige Aufgaben zu lösen haben wird. Die Lasten der Ubergangszeit werden durch den zu steigenden Ertrag der kommunalen Betriebe gedeckt werden müssen. Redner kommt sodann ebenfalls auf die Angliederung der Nachbargemeinden an Budapest zu sprechen und gibt der Ansicht Ausdruck, daß die Angliederung im Interesse der Verbesserung der Budapester Approximationsverhältnisse und der Verhinderung der Einschleppung von Infektionskrankheiten notwendig ist. Er spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Ablösung der Straßenbahn nicht gelungen ist, denn dadurch wird die Hauptstadt und auch die Bevölkerung zahlreicher Vorteile verlustig. Die Verkehrssteuer bezeichnete Redner als eine gerechte Steuer, die auch in anderen Großstädten eingeführt wurde. Sie ist viel gerechter als eine Erhöhung der Kommunalsteuer. Er nimmt die Vorlage in der Ubergangszeit an, daß die Regierung der Hauptstadt bei der Lösung der ihrer horrenden großen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben behilflich sein werde. Zum Schlusse stellte er den Antrag, daß die Regierung bringen ersucht werde, die kommunalen Betriebe, die ja denselben Zwecken dienen wie die staatlichen Betriebe, von der Staatssteuer, auch von der einzuführenden Kohlensteuer zu befreien. (Beifall.)

Julius v. Szekeula bemerkt, daß das Defizit durch die Kriegsverhältnisse verursacht wurde. Er nimmt den Antrag des Vorredners an, glaubt jedoch nicht, daß man die Betriebe von der Kohlensteuer befreien werde. Auch die Staatsbahnen werden diese Steuer entrichten müssen. Zur Frage der Deckung des Defizits übergehend, bemerkte er, daß die Verkehrssteuer unbedingt erhöht werden muß, doch sollen die Grenzen einer rationellen Tarifpolitik nicht überschritten werden. Wenn die Eisenbahnen, selbst die kleinsten Lokalbahnen, ihre Tarife so bedeutend erhöhen, so braucht auch die Hauptstadt eine Tarifierhöhung nicht zu scheuen. Redner urgiert den Bau des Handelshafens, der zur Vermehrung der Einnahmen der Hauptstadt wesentlich beitragen wird. Er wünscht die Regelung, beziehungsweise Einschränkung der Einwanderung und die Entfernung aller hier nicht ansässigen Elemente.

Die Kommission nahm hierauf die Budgetvorlage sowie den Antrag auf Erhöhung der Verkehrssteuer im allgemeinen an und genehmigte auch den von Dr. Bela Feleki gestellten Antrag. Die Kommission beschloß ferner, die Regierung um die Bewilligung zur Einhebung eines Kommunalzuschlages nach der Kriegsgewinnsteuer zu ersuchen.

Es folgte nun die Verhandlung der einzelnen Posten der Ausgaben und der Einnahmen. Bei der Post „Wasserleitung“ wünschte Julius v. Szekeula, ein Organ mit dem Studium der Kupferwasserleitungen ausländischer Großstädte zu betrauen. — Bei der Post „Subventionen“ wurde auf Antrag des Magistratsrates Dr. Edmund v. Wildner dem Theaterdirektor Sigmund Feld die bisher genossene Subvention für das nächste Halbjahr bewilligt. — Die Subvention der Orientalischen Wirtschaftszentrale wurde auf 8000 k erhöht.

Bei der Verhandlung der Einnahmen präziserte Bürgermeister Dr. Theodor Bödy den auf die Erhöhung der Verkehrssteuer bezüglichen Magistratsantrag, der auch einstimmig angenommen wurde. Dem Antrag zufolge wird die Steuer der 12-Heller-Fahrkarten der Straßenbahnen 8 h betragen, während die Karten über 20 h mit 10 h besteuert werden. Der Preis der 16-Heller-Karte der Stadtbahn wird auf 20 h erhöht, zu denen noch 10 h als Steuer zugeschlagen werden. Nach den Fahrkarten der Drahtseilbahn und des Propellers werden nach wie vor 2 h als Steuer eingehoben, das heißt, die Steuer nach diesen Fahrkarten bleibt unverändert. Die Steuer nach den Fahrradabfahrkarten wird ebenfalls auf 10 h erhöht. Die Passagiere der Einspanner werden je 40, die der Zweispänner je 70 h, die der Autotaximeter je 1 k an Steuer zu entrichten haben.

Um 2 Uhr erreichte die Budgetdebatte ihr Ende.